

Beschluss des Landrats vom 10.09.2026

Nr. 1982

28. Unterstützung Igelhilfe 2025/440; Protokoll: pw

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Flavia Müller (Grüne) führt aus, der Igel sei zwar ein kleines, aber wichtiges Tier. Das Postulat wurde bereits vergangenen Oktober als dringlich eingereicht. Die Dringlichkeit wurde aber abgelehnt mit Verweis auf die Möglichkeit von Budgetanträgen im Rahmen der AFP-Beratung. Ein entsprechender Antrag wurde aber ebenfalls abgelehnt – wenn auch knapp. Nun lehnt der Regierungsrat auch das Postulat ab. Der Igel ist das Tier des Jahres 2026 und das nicht ohne Grund. Der Igel befindet sich auf der Liste der bedrohten Tierarten. Der Lebensraum wird immer knapper und die Spendenfreudigkeit der Leute nimmt leider ab. Die Igelhilfen und die -stationen sind angewiesen auf Spenden, weil sie keine Unterstützung des Kantons erhalten. Igelhilfe ist aber gelebte Biodiversität. Flavia Müller hat von der SVP-Fraktion etwas Schützenhilfe erhalten. So hatte Peter Riebli eine Interpellation zur Unterstützung von NGOs eingereicht. In der Antwort steht, dass eine Finanzhilfe gemäss § 6 des Staatsbeitragsgesetzes ein Beitrag zur Förderung oder Erhaltung einer im öffentlichen Interesse liegenden freiwillig erbrachten Tätigkeit Dritter sei. Der Bundesrat hingegen definiert die NGOs wie folgt: Jede gemeinnützige private Einrichtung, die auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene organisiert ist, um gemeinsame Ziele und Ideale zu verfolgen, ohne dass eine bedeutende staatlich kontrollierte Beteiligung oder Vertretung besteht. Die entscheidenden Elemente dieser Definition treffen genau auf die Igelhilfe zu. Nebst dem gemeinnützigen Charakter fehlen auch die staatliche Kontrolle und die Unterstützung. Die Igelhilfe ist zudem eine private Einrichtung mit einem sehr öffentlichen Interesse. Insofern sollten auch die Igelhilfen von einer Finanzhilfe profitieren können.

Einige Stimmen hier im Landrat fordern eher Prävention, also eine Sicherung des Lebensraums und generelle Investitionen in den nachhaltigen Lebensraum der Igel, der Insekten etc. Weshalb nicht das eine tun und das andere nicht lassen? Flavia Müller wird demnächst einen weiteren Vorstoss zum Thema Prävention einreichen. Die Umsetzung solcher Vorhaben im Bereich der Natur dauert aber lange. Die Igel sind jedoch bedroht und brauchen jetzt Hilfe. Wenn nicht etwas unternommen wird, wird es bald keine Igel mehr geben. Die Rednerin bittet um Unterstützung des Vorstosses.

Simone Abt (SP) wurde beim Lesen der Begründung des Regierungsrats beinahe vom heiligen Zorn erfasst, da sie bisher kaum je eine düftigere Antwort gelesen hat. Die Antwort klingt so, als würden einige Personen hobbymässig Igel unterstützen und hätten dafür nun kein Geld mehr. Flavia Müller hat dargelegt, was es mit dem Igel auf sich hat. Es handelt sich nicht um einen Spass, den sich ein paar Private leisten. Der Schutz der einheimischen Fauna ist nicht privat, sondern öffentlich. Wenn die einheimische Fauna in Not gerät, gilt es Massnahmen zu ergreifen. Der Igel-schutz ist kein privates Anliegen. Vielmehr ist es grossartig, dass Menschen Igelhilfe betreiben. Wenn die dafür zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, dann darf sich der Staat auf seine Aufgabe besinnen – und nicht einfach sagen, er unterstütze nicht jedes Projekt, dem das Geld ausgehe. Simone Abt bittet alle, sich die Frage zu stellen, ob es sich lediglich um einen Verein handelt, dem das Geld ausgegangen ist, oder ob das Anliegen möglicherweise auf einer höheren Ebene anzusiedeln wäre.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) sagt, die GLP-Fraktion würdige die beiden Vereine Igelhilfe Baselbiet und das Igelnest Oberbaselbiet ausdrücklich. Diese leisten sehr wertvolle, ehrenamtliche Arbeit: Sie retten verletzte Igel und pflegen kranke Tiere. Dies verdient Anerkennung. Man muss sich aber auch die Frage stellen, wo die Grenze staatlicher Unterstützung liegt. Der Vorstoss verlangt, dass der Kanton prüft, ob und wie schnell er die beiden Vereine finanziell unterstützen kann. Hintergrund ist eine konkrete Finanzierungslücke. Wenn der Kanton nun aber beginnt, einzelne Tierschutzorganisationen finanziell zu unterstützen, dann müssen Kriterien definiert werden. Wie wird damit umgegangen, wenn als nächstes eine Organisation für Vögel, Amphibien, Füchse oder andere verletzte oder hilfsbedürftige Wildtiere finanzielle Unterstützung verlangt? Für jedes einzelne Anliegen gibt es gute Argumente. Genau hier liegt auch das Problem. Die GLP-Fraktion möchte nicht, dass mit jedem guten Tierschutzprojekt automatisch die Erwartung an eine kantonale Finanzierung entsteht. Wenn der Kanton Unterstützung leisten will, dann braucht es klare und nachvollziehbare Kriterien – z. B. ein ausgewiesener öffentlicher Nutzen, eine Versorgungslücke und was bereits durch Spenden oder Stiftungen finanziert wird. Auch die Höhe der geforderten Unterstützung im Postulat überzeugt nicht. Über CHF 100'000.– jährlich sind sehr viel Geld. Es ist zwar nachvollziehbar, dass die beiden Vereine so viel Geld benötigen, woraus aber nicht automatisch folgt, dass der Kanton genau diesen Betrag zwingend übernehmen muss. Es sollte auch zwischen kurzfristiger Nothilfe und einer dauerhaften kantonalen Finanzierung unterschieden werden. Wenn der Regierungsrat zum Schluss kommt, dass eine begrenzte Unterstützung sinnvoll ist, zum Beispiel zur Überbrückung einer ausserordentlichen Finanzierungslage oder für klar definierte Leistungen, dann ist die GLP-Fraktion grundsätzlich offen für eine solche Lösung. Aber es soll keine neue staatliche Daueraufgabe geschaffen werden, ohne vorher zu klären, wo die Grenze liegt und welche Organisationen nach welchen Kriterien unterstützt werden. Vor allem sollte die Prävention nicht vergessen werden: Naturnahe Gärten, weniger Gefahren im Siedlungsraum und bessere Lebensräume sind langfristig wichtiger als die Pflege von immer mehr verletzten Tieren. Die GLP-Fraktion sagt Ja zu einer möglichen Unterstützung der Igelhilfe, aber nicht ohne klare Spielregeln. Eine Mehrheit der GLP-Fraktion wird die Überweisung des Vorstosses unterstützen.

Michel Degen (SVP) sagt, dass mit dem Postulat eine spezifische Sache mit staatlichen Mitteln unterstützt werden solle, was eine Bevorzugung darstelle und ein Präjudiz schaffen würde. Die SVP-Fraktion schätzt, dass sich Private und Vereine, die auch durch Stiftungen finanziert sind, dieser Sache annehmen. Dies ist auch künftig der richtige Weg und es bestehen bereits Strukturen. Der Staat kann nicht immer einspringen. Würde er dieses spezifische Sache unterstützen, würden viele weitere Begehrlichkeiten für ähnliche Anliegen entstehen. Christina Wicker hatte einige Beispiele genannt. Die SVP-Fraktion wird – trotz aller Liebe zu den Igeln – den Vorstoss grossmehrheitlich ablehnen.

Sven Inäbnit (FDP) spricht im Namen der FDP-Fraktion der Igelhilfe und allen, die sich um die Igel kümmern, ihre Achtung aus. Das gemeinnützige Engagement wird geschätzt. Trotzdem ist die Begründung des Regierungsrats zur Ablehnung des Vorstosses für die FDP-Fraktion schlüssig. Wahrscheinlich vertreten alle Landratsmitglieder eine oder mehrere NGO. Die Unterstützung einzelner Organisationen kann nicht gemacht werden. Christina Wicker hatte dargelegt, was dies bedeuten würde. Trotz aller Liebe zum Engagement wird die FDP-Fraktion den Vorstoss ablehnen.

Dario Rigo (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion unterstütze den Vorstoss mehrheitlich. Wichtig erscheint eine Koordination mit dem Tierheim Basel, das auch viel für den Igel macht.

Flavia Müller (Grüne) bedankt sich für die Unterstützung. Die klaren Vorgaben wurden absichtlich nicht im Postulat erwähnt, weil sie es dem Regierungsrat überlassen wollte, die Rahmenbedingungen festzulegen oder zu prüfen, was überhaupt möglich ist. Flavia Müller kann sich aber vorstellen,

dass Leistungsziele mit allen Wildtierstationen vereinbart werden könnten. Denn auch die Wildtierstationen wie die Eichhörnchenstationen, Vogelwarten etc. leisten einen freiwilligen, wichtigen Beitrag an die Biodiversität und an den Artenschutz und sind auf Spenden angewiesen. Diese Stationen sind im Bereich Wald und Wild angesiedelt und profitieren dennoch nicht von Finanzhilfen. Der Regierungsrat könnte also dort ansetzen und mit allen Wildtierstationen vierjährige Leistungsvereinbarungen mit klaren messbaren Zielen abschliessen.

://: Mit 39:33 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
